

Wrobel, Ralph

**Working Paper**

## Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank: Eine Erfolgsgeschichte

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2018-01

**Provided in Cooperation with:**  
Ordnungspolitisches Portal (OPO)

*Suggested Citation:* Wrobel, Ralph (2018) : Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank: Eine Erfolgsgeschichte, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2018-01, Ordnungspolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:  
<https://hdl.handle.net/10419/181282>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

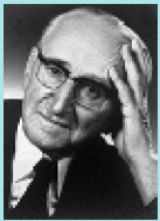
*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



# Ordnungspolitische Diskurse

## Discourses in Social Market Economy



**Ralph Michael Wrobel**

**Die Unabhängigkeit der  
Deutschen Bundesbank:  
eine Erfolgsgeschichte**

**Diskurs 2018 - 1**

# Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank: eine Erfolgsgeschichte

Ralph Michael Wrobel

## Abstract

Die Unabhängigkeit der Zentralbank soll die Geldpolitik vor politischen Einflüssen schützen. Dass dies funktioniert, ist sowohl theoretisch als auch empirisch belegbar. Nach der Bank deutscher Länder wurde auch die Deutsche Bundesbank 1957 als „unabhängige“ Zentralbank gegründet. Sie konnte die Inflationsrate in der Vergangenheit vergleichsweise geringhalten, weshalb sie als Modell für viele andere unabhängige Zentralbanken gilt. Damit kann die Deutsche Bundesbank als Erfolgsmodell gesehen werden. Es gibt jedoch auch Kritik an dem Konzept der unabhängigen Zentralbank. Letztendlich muss dieses Konzept immer wieder überdacht und erneuert werden.

## Keywords

Deutsche Bundesbank, Bank deutscher Länder, Europäische Zentralbank, Unabhängigkeit, Inflationsbekämpfung

## Autor:

Ralph Wrobel ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Westsächsischen Hochschule in Zwickau. Er beschäftigt sich in der Forschung schwerpunktmäßig mit der Sozialen Marktwirtschaft, Wirtschaftssystemen in Ostasien und Wirtschaftsgeschichte.

[ralph.wrobel@fh-zwickau.de](mailto:ralph.wrobel@fh-zwickau.de)

**Eine stark gekürzte Version dieses Papers ist erschienen als „Deutsche Bundesbank als Modell“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 27 (2018), S. 23 - 27.**

# Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank: eine Erfolgsgeschichte

Ralph Michael Wrobel

## 1. Problemstellung

Die Unabhängigkeit einer Zentralbank gilt traditionell als Grundlage für eine erfolgreiche stabilitätsorientierte Geldpolitik. Die Deutsche Bundesbank ist das beste Beispiel dafür und gilt deshalb als Modell für viele andere unabhängige Zentralbanken in der heutigen Zeit. Insbesondere die relativ junge Europäische Zentralbank (EZB) erhielt ihre Unabhängigkeit nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank. Vorteil einer unabhängigen Zentralbank ist, dass sie ihre geldpolitischen Entscheidungen frei von Beschränkungen und Einmischungen sowie ohne den Einfluss von Regierungen, des Parlaments oder anderen Institutionen oder Interessengruppen treffen kann.<sup>1</sup> Sie unterliegt somit keinem Einfluss durch die Politiker eines Landes, sondern ist nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet.

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich jedoch eine Diskussion in Politik und Wissenschaft entwickelt, welche die Unabhängigkeit der Zentralbanken immer mehr infrage stellt. Bereits im Jahre 2016 beschränkten Brasilien und Indien die Unabhängigkeit ihrer Zentralbanken. In Großbritannien und den USA wurde die Unabhängigkeit der Zentralbanken in den letzten Jahren ebenso von hochrangigen Politikern zur Diskussion gestellt.<sup>2</sup> Deshalb titelte die Neue Züricher Zeitung beispielsweise im Oktober 2017 „Ist die Ära unabhängiger Zentralbanken zu Ende?“ Wie sie deutlich macht, erodiert die Unabhängigkeit vieler Zentralbanken derzeit, da sie mit

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu z.B. bereits F. E. Kydland / E. C. Prescott, Rules rather than direction: the inconsistency of optimal plans, in: Journal of Political Economy, Bd. 85, Heft 3 (1977), S. 473 – 490.

<sup>2</sup> Vgl. Ed Balls / James Howat / Anna Stansbury, Central Bank Independence Revisited: After the financial crisis, what should a model central bank look like?, M-RCBG Associate Working Paper Series, No. 67, 2016.

zusätzlichen Aufgaben überfordert werden und parallel viele Politiker versuchen, Staatsschulden auch mithilfe der Zentralbanken durch zunehmende Inflation abzubauen.<sup>3</sup>

In diesem Aufsatz soll daher untersucht werden, was die Vorteile einer unabhängigen Zentralbank sind, wie dieses Konzept im Fall der Deutschen Bundesbank umgesetzt wurde und welche Erfolge diese damit erzielte. Dazu gehören eine relativ geringe Inflationsrate in Deutschland und die Modellwirkung der Deutschen Bundesbank für andere Zentralbanken. Abschließend wird diskutiert, welche Kritikpunkte an der Unabhängigkeit einer Zentralbank angebracht werden können und ob die Deutsche Bundesbank auch heute noch Vorbildfunktion haben kann.

## **2. Theoretischer Rahmen**

Im Gegensatz zu Zeiten der vollwertigen Münzen oder des Goldstandards kann „Geld“ heute in jeder beliebigen Höhe als Giralgeld geschaffen werden. Deshalb ist gerade im 20. Jahrhundert das Thema Inflation infolge unverhältnismäßiger Ausweitung der Geldmenge besonders wichtig geworden. Deutschland hatte zweimal die fast vollständige Entwertung seines Geldes – ausgelöst durch maßlose Geldschöpfung zur Finanzierung eines Krieges – zu erleiden.<sup>4</sup> Jedoch auch in Friedenszeiten haben Regierungen ein andauerndes Interesse, die Geldpolitik zur leichten Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele zu nutzen. Dies soll die Unabhängigkeit der Zentralbank erschweren.

Grundlegender Gedanke des Konzeptes der unabhängigen Zentralbank ist, dass sich alle beteiligten politisch-ökonomischen Akteure vorab auf eine langfristig orientierte Stabilitätspolitik einigen. Dadurch erhöhen sich sowohl die Glaubwürdigkeit der Zentralbank als auch das Vertrauen in ihre Geldpolitik, denn den Politikern wird damit

---

<sup>3</sup> Vgl. Gerald Hosp, Ist die Ära unabhängiger Zentralbanken zu Ende?, in: Neue Züricher Zeitung (NZZ), 1.10.2017.

<sup>4</sup> Vgl. Christoph Buchheim, Die Unabhängigkeit der Bundesbank, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 49 (2001), Heft 1, S. 1 – 30.

das entscheidende Instrument zur Verfolgung von eigenen politischen Zielen aus der Hand genommen. Dazu gehören z.B. die Inflationspolitik zur Beschäftigungsstabilisierung („Phillips-Kurven-Effekt“) oder das Weginflationieren von Staatsschulden. Durch die Existenz einer unabhängigen Zentralbank wird das Ziel der Preisniveaustabilität hingegen dauerhaft gefördert, denn im Gegensatz zu Politikern, die von ihrer Wiederwahl abhängig sind, ist für Zentralbanker v.a. steigendes Ansehen bei einer erfolgreichen Geldpolitik von Bedeutung.<sup>5</sup> Daraus resultiert auch das Konzept des „konservativen Zentralbankers“ von Kenneth Rogoff aus dem Jahr 1985.<sup>6</sup>

Bereits in den 1990er Jahren ist diese These empirisch untersucht worden. Zum Beispiel haben Alesina und Summers im Jahre 1993 beeindruckend dargestellt, dass Staaten mit autonomen Zentralbanken empirisch eine geringere durchschnittliche Inflationsrate aufweisen, ohne dafür mit einem schwächeren oder volatileren Wachstum zu bezahlen.<sup>7</sup> Solche empirischen Messungen können natürlich wegen ihrer statistischen Ungenauigkeit kritisiert werden. Insbesondere ist es schwer, den Grad der Unabhängigkeit einer Zentralbank zu messen.<sup>8</sup> Dennoch ist es auffällig, dass in der Vergangenheit solche Gesellschaften, die der Geldwertstabilität einen höheren Wert beimessen, die Geldpolitik in die Hände einer unabhängigen Zentralbank übergeben haben. Neuere Studien bestätigen zudem die Thesen der empirischen Forschung aus den 1990er Jahren bei einer deutlichen Präzisierung der statistischen Methoden.<sup>9</sup>

Entscheidend für die Zentralbank ist nach diesen neuen Untersuchungen, dass sie nicht nur formell (de jure), sondern auch tatsächlich (de facto) unabhängig ist. Die

---

<sup>5</sup> Vgl. Ralph Wrobel, Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der „unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand, in: B. Seliger / J. Sepp / R. Wrobel (Hrsg.): Die Soziale Marktwirtschaft als Vorbild in internationalen Krisen, Ordnungspolitische Dialoge, Bd. 3, Frankfurt / M. 2012, S. 27 – 44, hier S. 32 – 33.

<sup>6</sup> Vgl. Kenneth Rogoff, The optimal degree of commitment to an intermediate monetary target, in: Quarterly Journal of Economics, Bd. 100 (1985), Nr. 4, S. 1169 – 1190.

<sup>7</sup> Vgl. Alberto Alesina / Lawrence H. Summers, Central Bank Independence and Macroeconomic Performance: Some Comparative Evidence, in: Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 25, Nr. 2 (Mai 1993), S. 151-162. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen z.B. Sylvester Eijffinger / Jakob De Haan, The Political Economy of Central Bank Independence, Special Papers in International Economics No. 19, Princeton 1996.

<sup>8</sup> Vgl. Thomas Cargill, A Critical Assessment of Measures of Central Bank Independence, in: Economic Inquiry, Bd. 51 (2013), Nr. 1, S. 260 – 272.

<sup>9</sup> Vgl. Alberto Posso / George Tawadros, Does Greater Central Bank Independence Really Lead to Lower Inflation? Evidence from Panel Data, in: Economic Modelling, Bd. 33 (2013), Nr. 4, S. 244 – 247.

formelle Unabhängigkeit ergibt sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen und insbesondere der Beziehung der Zentralbank zur Regierung. Die tatsächliche Unabhängigkeit beruht hingegen darauf, inwieweit die Notenbanker in der Realität in der Lage sind, ohne Einflussnahme der Regierung eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zu betreiben. Darauf haben unterschiedliche Institutionen wie z.B. das Wechselkursystem oder der Grad der Stabilitätsorientierung der Fiskalpolitik entscheidenden Einfluss.<sup>10</sup>

Die Unabhängigkeit einer Zentralbank wird z.B. von der Deutschen Bundesbank selber in vier Ebenen dargestellt: (1.) institutionelle, (2.) funktionale, (3.) finanzielle und (4.) personelle Unabhängigkeit. Die institutionelle Unabhängigkeit ist v.a. durch ein umfassendes Verbot für nationale oder supranationale Institutionen wie Regierungen, Parlamente etc., der Zentralbank Weisungen zu erteilen, gekennzeichnet. Die funktionale Unabhängigkeit kann noch in die Zielunabhängigkeit einerseits und die operationale bzw. Instrumentenunabhängigkeit andererseits eingeteilt werden. Zielunabhängigkeit liegt dann vor, wenn es der Zentralbank erlaubt ist, das endgültige Ziel der Geldpolitik selbst festzulegen. Operationale Unabhängigkeit besteht, wenn die Zentralbank die Instrumente, mit denen sie ihre geldpolitischen Ziele zu erreichen sucht, selbst bestimmen kann. Als finanziell unabhängig gilt eine Zentralbank dann, wenn sie frei und unabhängig über ihre finanziellen Mittel verfügen und in keiner Weise gezwungen werden kann, das Staatsdefizit der Regierung zu finanzieren. Dies wird insbesondere durch ein eigenes, vom entsprechenden Staat deutlich getrenntes, Budget sowie ein klares Verbot der Staatsausgabenfinanzierung umgesetzt. Personelle Unabhängigkeit betrifft alle Regelungen, die sich auf Personen in der Zentralbank beziehen, welche an den geldpolitischen Entscheidungen beteiligt sind. Dazu gehören alle Prozeduren sowie die Bedingungen zur Berufung oder Ernennung und Entlassung der Zentralbanker sowie die Festlegung ihrer Amtszeiten.<sup>11</sup>

Trotz eines weitgehenden Konsenses in der Wissenschaft – zumindest vor der Finanz- und Wirtschaftskrise – ist die praktische Ausgestaltung der Unabhängigkeit von Zentralbanken bis heute weltweit sehr unterschiedlich. Während die Deutsche

---

<sup>10</sup> Vgl. Stefan Schäfer, Sollten Zentralbanken unabhängig sein? Neue Diskussionen über ein altes Dogma, in: Wirtschaftsdienst, Bd. 94 (2014), Heft 1, S. 69 – 75.

<sup>11</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank, Unabhängigkeit der Zentralbank, 17.5.2018, [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Glossareintraege/U/unabhaengigkeit\\_zentralbank.html](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Glossareintraege/U/unabhaengigkeit_zentralbank.html).

Bundesbank und die Europäische Zentralbank alle o.g. vier Kriterien voll erfüllen, ist das Federal Reserve System (FED) in den USA beispielsweise deutlich weniger unabhängig. Es kann als hybrides – halb staatliches und halb privatwirtschaftliches – System beschrieben werden, da u.a. auch private Banken Mitglieder des FED sind. Gemäß Federal Reserve Act bestehen die Ziele der Geldpolitik des FED zudem aus der Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes, der Preisstabilität und langfristig moderaten Zinsen. Sie ist also nicht nur an der Preisstabilität orientiert.<sup>12</sup> Hier wird bereits ein Unterschied zwischen der „dogmatischen“ deutschen und der „pragmatischen“ anglo-amerikanischen Sichtweise bezüglich der Zentralbank-Unabhängigkeit deutlich.

### **3. Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank**

#### **3.1 Geschichtliche Entwicklung**

Die Stabilitätsorientierung der Deutschen Bundesbank geht bereits auf die Geldpolitik der Reichsbank im ausgehenden 19. Jahrhundert zurück. Die Regelungen zur Unabhängigkeit der deutschen Zentralbank ist hingegen ein Produkt der Zwischenkriegszeit. Obwohl die deutsche Reichsbank nach dem Bankgesetz vom 14. März 1875 noch dem Reichskanzler unterstellt und systematisch dem Goldstandard unterworfen war, sah sie ihre zentrale Aufgabe dennoch in der Sicherung der Währungsstabilität. Erst als die Siegermächte des Ersten Weltkrieges eine Geldentwertung in Deutschland befürchteten, wurde auf ihr Drängen hin die Reichsbank mit dem Autonomiegesetz von 1922 von politischen Weisungen unabhängig. Allerdings war in den Folgejahren – gemäß Deutschlands Verpflichtung aus der Londoner Reparationskonferenz in diesem Jahr – der vierzehnköpfige Generalrat der Reichsbank teilweise mit Vertretern aus dem Ausland besetzt.<sup>13</sup> Nach 1933 unterhöhlten die Nationalsozialisten die Unabhängigkeit der Reichsbank kontinuierlich, bis diese 1937 endgültig in Weisungsabhängigkeit des „Führers und Reichskanzlers“ Adolf Hitler kam. So konnte sie sich auch

---

<sup>12</sup> Vgl. Wrobel (Anm. 5), S. 33.

<sup>13</sup> Deutsche Bundesbank, Die Deutsche Bundesbank: Notenbank für Deutschland, Frankfurt/M. 2016, S. 16 – 28.



nicht gegen die ausufernde Geldschöpfung zur Finanzierung des Zweiten Weltkrieges wehren. Nach dem Kriegsende 1945 wurde die Reichsbank von den Siegermächten aufgelöst.<sup>14</sup>

Als dann 1948 mit der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands die Deutsche Mark als neue Währung eingeführt wurde, entstand auch die Bank deutscher Länder (BdL), die auf amerikanischen Wunsch hin föderativ strukturiert war. Nach Artikel 1 des Gesetzes zur Errichtung der Bank deutscher Länder vom 1. März 1948 war die Bank „nicht den Anweisungen irgendwelcher politischen Körperschaften oder öffentlichen Stellen außer Gerichtsbehörden unterworfen“<sup>15</sup>. Sie unterstand aber bis zum Überleitungsgesetz vom 10. August 1951 dem Weisungsrecht der Alliierten Militärbehörden. Auf Drängen des Zentralbankrates verzichtete der deutsche Gesetzgeber 1951 darauf, dieses Weisungsrecht durch ein ebensolches der Bundesregierung zu ersetzen. Zwar war die BdL verpflichtet, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen, aber nur soweit dies ihre Aufgabe der Währungssicherung nicht beeinträchtigte.<sup>16</sup> Dies wurde auch von großen Teilen der westdeutschen Presse massiv unterstützt, dem damaligen Finanzminister Fritz Schäffer blieb daher nichts anderes übrig, als nachzugeben.<sup>17</sup> Die BdL wurde somit nach dem Vorbild des FED der USA, dezentral und von Weisungsbefugnissen der Politik unabhängig, gestaltet.<sup>18</sup>

In den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland wurde die Wirtschaftspolitik stark vom Ordoliberalismus beeinflusst, einem Konzept der marktwirtschaftlichen Ordnung, das insbesondere auf die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs fokussiert. Wie einer seiner Begründer, Walter Eucken, schon früh betonte, ist die Preisstabilität für das Funktionieren des ganzen Wirtschaftssystems von besonderer Bedeutung. Deshalb sprach er vom „Primat der Währungspolitik“ als einem der grundlegenden

---

<sup>14</sup> Vgl. Buchheim (Anm. 4), S. 6.

<sup>15</sup> Vgl. Gesetz zur Errichtung der Bank deutscher Länder, <http://www.verfassungen.de/de/de45-49/bizone-gesetz48-1.htm>.

<sup>16</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank (Anm. 13), S. 30 – 31.

<sup>17</sup> Vgl. Buchheim (Anm. 4), S. 24.

<sup>18</sup> Vgl. Max Bank, Stunde der Neoliberalen? – Politikberatung und Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer, Köln 2013, S. 180.

konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung.<sup>19</sup> Die Unabhängigkeit der Zentralbank kann als eine institutionelle Möglichkeit zu deren Umsetzung gelten. Gerade Wilhelm Röpke, ebenfalls ein wichtiger Vertreter des deutschen Ordoliberalismus, trat für diese Unabhängigkeit aktiv ein und forderte eine unabhängige Zentralbank, die sich nach Möglichkeit mit der Bundesregierung in wirtschafts- und währungspolitischen Fragen abstimmen sollte.<sup>20</sup> Diese Betonung währungspolitischer Stabilität ist nach den zwei großen Inflationen im Anschluss an den Ersten und den Zweiten Weltkrieg sicherlich nachvollziehbar. Die bereits faktische Unabhängigkeit der BdL fand somit eine breite Unterstützung in der wirtschaftspolitischen Diskussion dieser Zeit.<sup>21</sup>

Mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank wurde 1957 nach einem achtjährigen Diskussionsprozess der zweistufige Aufbau des Zentralbanksystems der BdL beseitigt und die Zuständigkeit für die Geldpolitik der neu gegründeten Deutschen Bundesbank übertragen. Ihre Unabhängigkeit erlangte die neue deutsche Zentralbank dabei gegen den Widerstand des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer und anderer deutscher Politiker.<sup>22</sup> Das Primat der „Währungssicherung“ hielt Adenauer z.B. für zu wenig fassbar, eine Unabhängigkeit von der Regierung hielt er sogar für falsch. Die Bundesbank solle kein „Staat im Staate“ werden.<sup>23</sup> Ludwig Erhard, damals Wirtschaftsminister, unterstützte die Idee der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank zusammen mit der Leitung der BdL hingegen im Zeitverlauf immer deutlicher.<sup>24</sup> Da das Bundeswirtschaftsministerium in der zweiten Legislaturperiode für das Geld- und Kreditwesen zuständig war, kam 1955 bereits eine erste Gesetzesvorlage, die keinerlei Beschränkungen der Unabhängigkeit der Bundesbank vorsah. In den parlamentarischen Beratungen des Gesetzesentwurfs wurde die Amtszeit der Mitglieder des Zentralbankrates sogar auf acht Jahre festgelegt.<sup>25</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchgesehene Auflage, Tübingen 1952 / 1990, S. 255 – 264.

<sup>20</sup> Vgl. Wilhelm Röpke, Der Platz der Zentralbank, in: Albert Hunold (Hrsg.): Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit, Erlenbach-Zürich / Stuttgart 1959, S. 282 - 286.

<sup>21</sup> Vgl. Schäfer (Anm. 10), S. 71.

<sup>22</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank (Anm. 13), S. 31 – 32.

<sup>23</sup> Vgl. Buchheim (Anm. 4), S. 18.

<sup>24</sup> Vgl. Bank (Anm. 18), S. 228 – 230.

<sup>25</sup> Vgl. Buchheim (Anm. 4), S. 28.

Als vornehmliches Ziel ist der Bundesbank nach dem Gesetz von 1957 die Geldwertstabilität vorgegeben. Während es im Originaltext des Bundesbankgesetzes von 1957 jedoch noch in § 3 heißt, die Bundesbank habe das „Ziel, die Währung zu sichern“, lautet dieser Passus seit 1997 „die Preisstabilität zu gewährleisten“. Die Bundesbank ist von Beginn an gesetzlich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unabhängig, d. h. nicht an Weisungen des Staates, des Parlaments oder einer anderen Stelle gebunden. So heißt es heute in § 12 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank: „Die Deutsche Bundesbank ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig.“ Daraufhin folgt der Verweis auf die Unterstützung der „allgemeinen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung“. Interessanterweise wurde hier die Reihenfolge der Bestimmungen im Verlauf der Zeit umgedreht.<sup>26</sup>

Im Fall der Deutschen Bundesbank liegt also ein hoher Grad an institutioneller wie auch funktionaler Unabhängigkeit vor. Durch einen von der Bundesrepublik Deutschland klar getrennten Haushalt ist die Deutsche Bundesbank zudem finanziell unabhängig von der Bundesregierung. Außerdem verfügt sie durch die langen Amtszeiten der Führung auch über einen hohen Grad personeller Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit wurde in den 1990er Jahren sogar noch präzisiert, so dass die Deutsche Bundesbank bis heute als das Modell einer unabhängigen Zentralbank schlechthin fungiert.

### **3.2 Erfolge der Deutschen Bundesbank bei der Inflationsbekämpfung**

Insbesondere während der 1970er Jahre geriet die Deutsche Bundesbank häufig in Konflikt mit der Bundesregierung, welche gerne gemäß dem keynesianischen Ansatz der Phillipskurve über niedrige Zinsen Konjunktur und Beschäftigung anregen wollte. Symptomatisch dafür ist der Spruch von Bundeskanzler Helmut Schmidt aus dem

---

<sup>26</sup> Vgl. Gesetz über die Deutsche Bundesbank, in: Bundesgesetzblatt vom 30. Juli 1957 (Nr. 33), S. 754 – 765; Gesetz über die Deutsche Bundesbank in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1782), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981) geändert worden ist.

Jahre 1972: "Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit."<sup>27</sup> Gemäß ihrem Selbstverständnis – das dem des „konservativen Zentralbankers“ von Rogoff sehr nahe kommt – drang die Bundesbank hingegen darauf, dass Geldwertstabilität das Beste für Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Beschäftigungsentwicklung wäre.<sup>28</sup> Sie folgte damit eher den Vorstellungen des Monetarismus, der nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems mit der Wechselkursbindung der meisten westlichen Währungen an den US-Dollar in den 1970er Jahren aufkam. Wie der US-amerikanische Begründer des Monetarismus, Milton Friedman, deutlich machte, ist Inflation immer und überall ein rein monetäres Phänomen („inflation is always and everywhere a monetary phenomenon“)<sup>29</sup> und hat keine realwirtschaftlichen Hintergründe. Inflationsvermeidung funktioniert demnach insbesondere durch eine Steuerung der Geldmenge.

Verglichen mit anderen Industrieländern hat die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit der Deutschen Mark deshalb im Durchschnitt eine sehr geringe Inflationsrate aufgewiesen. Zwischen 1948 und 1998 lag der Kaufkraftverlust der Deutschen Mark mit durchschnittlich 2,8% pro Jahr deutlich unter dem in den meisten anderen Industrieländern.<sup>30</sup> Wie in der folgenden Abbildung deutlich wird, gelang es der Deutschen Bundesbank insbesondere in der Phase der „Stagflation“ zwischen 1973 und 1979, welche auf die erste Ölkrise folgte<sup>31</sup>, die Inflation in Deutschland vergleichsweise gering zu halten. Ein Grund dafür kann in der monetaristisch begründeten Konzentration der Bundesbank auf die Geldmengensteuerung gesehen werden. Hingegen kam es in den USA, Großbritannien oder Frankreich teilweise sogar zu zweistelligen Inflationsraten. Diese wurde insbesondere durch eine Überproduktion von Zentralbankgeld verursacht.<sup>32</sup>

---

<sup>27</sup> Wolfgang Kaden, Altkanzler Helmut Schmidt: Unser Weltökonom, in: Spiegel Online vom 11.11.2015, [www.spiegel.de/wirtschaft/helmut-schmidt-der-oekonom-im-kanzleramt-a-1062143.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/helmut-schmidt-der-oekonom-im-kanzleramt-a-1062143.html).

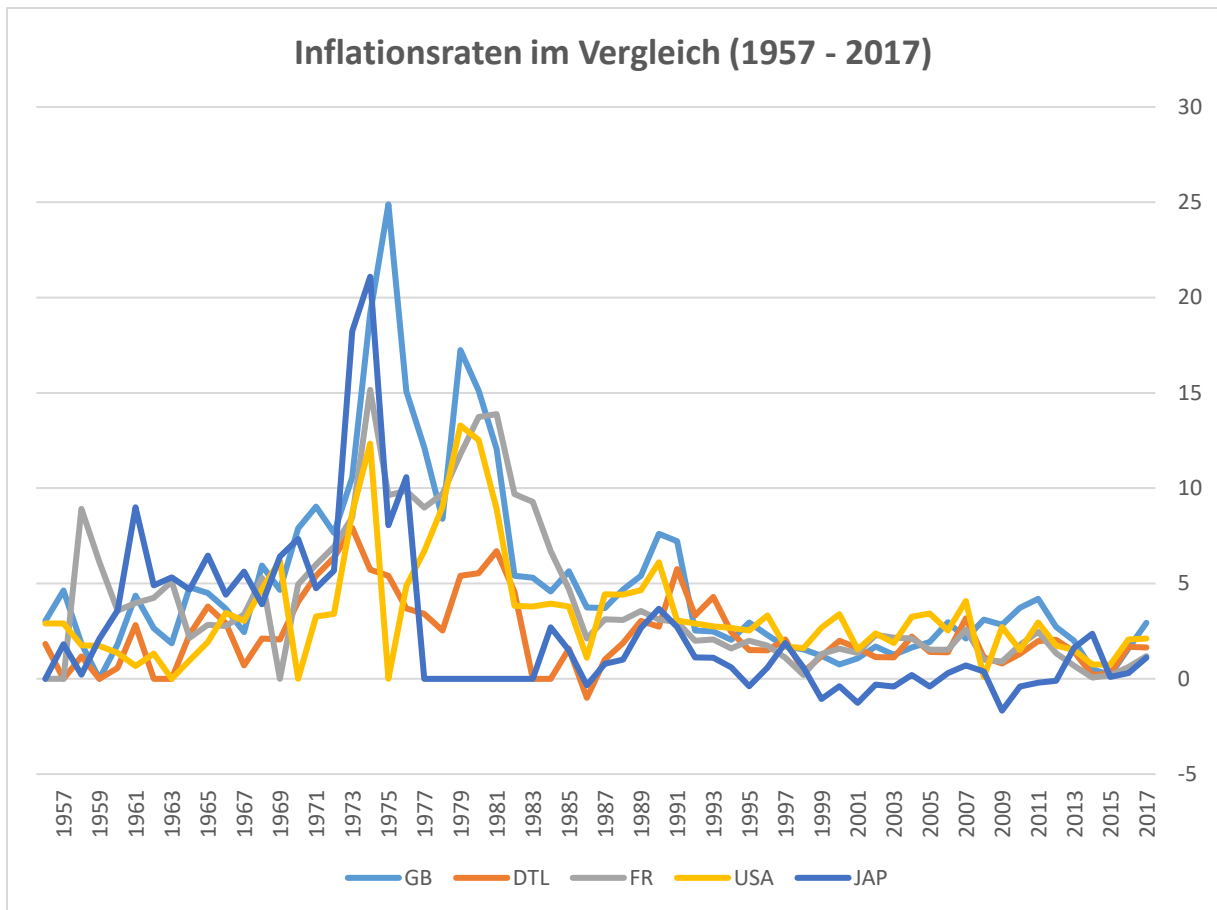
<sup>28</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank (Anm. 13), S. 32.

<sup>29</sup> Milton Friedman, *The Counter-Revolution in Monetary Theory*, London 1970, S. 24.

<sup>30</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank (Anm. 13), S. 33.

<sup>31</sup> Als Stagflation bezeichnet man das gleichzeitige Auftreten von geringen Wachstumsraten (Stagnation) und Inflation. Vgl. dazu z.B. Nicholas Gregory Mankiw, *Principles of Macroeconomics*. 5. Auflage, Mason 2009, S. 464.

<sup>32</sup> Vgl. Hermann Francke, *Wirkungen ungleichgewichtiger Zentralbankgeldproduktion auf die globalen Finanzmärkte als Ursachen der Immobilien- und Finanzkrise: Marktversagen und/oder Politikversagen?*, in: *Risikomanagement und kapitalmarktorientierte Finanzierung: Festschrift zum 65. Geburtstag von Bernd Rudolph*, Frankfurt am Main 2009, S. 55 – 66, hier S. 59 – 60.



Inflation = Vergleich des Verbraucherpreisindex (VPI) von Dezember mit dem VPI vom Dezember des vorigen Jahres  
 Datenquelle: <http://de.inflation.eu/>

Seit der Mitte der 1980er Jahren sind die Inflationsraten in den meisten Industrienationen stark zurückgegangen. Während Japan seit Jahrzehnten mit Deflation kämpft und damit als Sonderfall gesehen werden muss, liegen die Inflationsraten in den meisten westlichen Ländern deutlich unter fünf Prozent. Dieser Trend, der auch unter dem Begriff „Great Moderation“ bekannt ist, kann unter anderem sicherlich auch auf die zunehmende Unabhängigkeit von Zentralbanken zurückgeführt werden.<sup>33</sup>

<sup>33</sup> Vgl. dazu z.B. Peter M. Summers, What Caused The Great Moderation? Some Cross-Country Evidence, in: Federal Reserve Bank of Kansas City Economic Review, Bd. 3 (2005), S. 5 – 32.

### 3.3 Die Deutsche Bundesbank als Modell

Durch diese Erfolge in der Bekämpfung von Inflation gilt die Deutsche Bundesbank seit 1957 als das Modell einer unabhängigen Zentralbank schlechthin. In verschiedenen empirischen Untersuchungen wurde ihr zudem häufig der höchste Grad an Unabhängigkeit zuerkannt.<sup>34</sup> In den späten 1970er und in den 1980er Jahren kam es in der Geldpolitik zudem zu einem Paradigmenwechsel. Nachdem lange Zeit der nachfrageorientierte Ansatz gemäß John M. Keynes in der Makropolitik vorgeherrschte hatte, kam jetzt – wie bereits erwähnt – der auf liberale Strömungen zurückgehende Monetarismus zum Durchbruch. Weltweit wurden Politiker nicht mehr als Problemlöser, sondern als Auslöser wirtschaftspolitischer Probleme gesehen.<sup>35</sup>

Insbesondere in den 1990er Jahren wurden dann weltweit neue Zentralbankgesetze erlassen, in denen der jeweiligen Zentralbank ein höherer Grad an Unabhängigkeit zugesprochen wurde. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die Bank of England (BoE). Kurz nach der Regierungsübernahme der Labour Party im Jahre 1997 erhielt die BoE von Finanzminister Gordon Brown ihre operative Unabhängigkeit.<sup>36</sup> Auch in Südkorea wurde die Zentralbank im Rahmen der Zusammenarbeit des Landes mit dem IWF während der Asien-Krise unabhängig. Die Formulierungen im Zentralbankgesetz von 1998 entsprechen fast wörtlich denen der Unabhängigkeit bei der Deutschen Bundesbank.<sup>37</sup> Andere Länder folgten diesem Beispiel, z.B. Japan 1998, sodass heute ein Großteil der Zentralbanken in den Industrienationen als unabhängig gilt.

Um den Euro zu einer möglichst stabilen Währung zu machen, wurde auch die EZB nach dem Modell der Deutschen Bundesbank gestaltet. Ihre formelle Unabhängigkeit ist sogar noch besser abgesichert.<sup>38</sup> So wurde den Mitgliedstaaten der Eurozone in

---

<sup>34</sup> Vgl. dazu z.B. Alex Cukierman / Steven B. Webb / Bilin Neyapti, Measuring the Independence of Central Banks and Its Effect on Policy Outcomes, in: The World Bank Economic Review, Bd. 6, Nr. 3, S. 353 – 398.

<sup>35</sup> Vgl. dazu z.B. Sebastian Heidebrecht, Central Bank Independence: Economic common sense and economic device, in: Economic Sociology: the European Economic Newsletter, Max Planck Institute for the Study of Societies, Köln, Bd. 19, Ausgabe 2 (2018), S. 25 – 31.

<sup>36</sup> Vgl. Hosp (Anm. 3).

<sup>37</sup> Vgl. dazu z.B. Thomas F. Cargill, Central Bank Independence in Korea, in: The Journal of the Korean Economy, Bd. 2, Nr. 1 (2001), S. 1 – 33.

<sup>38</sup> Vgl. Buchheim (Anm. 4), S. 2.

Vorbereitung auf die Europäische Währungsunion und die einheitliche Geldpolitik der EZB im Vertrag von Maastricht die Auflage erteilt, ihre nationalen Zentralbanken in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die EZB selber wurde 1998 als unabhängige Zentralbank gegründet.

Die EZB ist gemäß Art. 127 des Vertrages über die Europäische Union (ex-Artikel 105 EGV) an das Ziel „die Preisstabilität zu gewährleisten“ gebunden. Parallel hat sie eine Pflicht zur Unterstützung der „allgemeinen Wirtschaftspolitik in der Union“.<sup>39</sup> Zudem heißt es in Art. 130 (ex-Artikel 108 EGV), dass „weder die Europäische Zentralbank noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von Organen, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union, Regierungen der Mitgliedsstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen (darf)“.<sup>40</sup> Die Mitglieder des Direktoriums der EZB werden einstimmig von den Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder bestimmt. Ihre Ernennung erfolgt – wie im Fall der Deutschen Bundesbank – auf acht Jahre und kann nicht verlängert werden.<sup>41</sup> Die EZB gilt deshalb nicht umsonst als eine der unabhängigsten Zentralbanken der Welt.

#### **4. Kritik an der Unabhängigkeit von Zentralbanken**

Bisher hat sich das Konzept der Unabhängigkeit der Zentralbank weltweit als sehr erfolgreich erwiesen. Allgemeiner Konsens war bis vor wenigen Jahren, dass eine ideale Zentralbank unabhängig sein müsse und sich nur am Ziel der Geldwertstabilität orientieren solle. Seit der Finanz- und Verschuldungskrise votieren verschiedene Autoren jedoch wieder für eine Abschaffung der Unabhängigkeit der Zentralbanken. Sie argumentieren, dass das Prinzip gleichmäßiger Interessenvertretung in einer Demokratie durch die Unabhängigkeit der Zentralbank verletzt wird. Daher würden unabhängige Zentralbanken eine eher zielgruppenorientierte Geldpolitik verfolgen und

---

<sup>39</sup> Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassung), in: Amtsblatt der Europäischen Union vom 7. Juni 2016 (2016/C 202/01), S. 47 – 200, Art. 127.

<sup>40</sup> Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Anm. 39), Art. 130.

<sup>41</sup> Vgl. Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Anm. 39), Art. 283.

nicht die Volkswirtschaft als Ganzes im Auge behalten. Das würde insbesondere dann problematisch, wenn die Inflationsraten aufgrund von Krisen zu niedrig sind, die Zentralbank das aber als Erfolg werte und nicht gegen die drohende Deflation vorgehe. Deshalb müssten sich die Zentralbanken einer demokratischen Kontrolle unterwerfen. Erst dann bestünde eine Verflechtung von Zentralbank- und Finanzpolitik, die eine effektive Wirtschaftspolitik ermöglichen würde.<sup>42</sup> Dieses Argument gilt aber nur dann, wenn die Zentralbank mehrere mögliche Ziele hat. Dann hat sie nämlich Entscheidungen zu fällen, die eigentlich der Legislative in einer Demokratie zustehen. Besteht eine solche Wahlmöglichkeit hingegen nicht, da die Zentralbank nur auf ein konkretes Ziel verpflichtet ist, besteht hingegen kein Konflikt mit dem Demokratieprinzip.<sup>43</sup>

Der Ordoliberaler Walter Eucken hat hingegen bereits sehr früh für eine Regelbindung der Zentralbank plädiert.<sup>44</sup> Dieser Gedanke setzte sich allgemein jedoch erst mit dem Aufkommen des Monetarismus durch. Dessen Begründer, Milton Friedman, hatte 1962 in einem weit beachteten Aufsatz die Unabhängigkeit von Zentralbanken diskutiert, ihr jedoch eine Regelbindung der Geldpolitik („Geldmengenmodell“) vorgezogen. Durch eine vorher festgelegte jährliche Wachstumsrate der Geldmenge würde ein Missbrauch der Geldpolitik durch den Staat bzw. die Politiker und die Zentralbank verhindert. Eine rein monetär verursachte Inflation würde durch die jährlich festgelegte Geldmengenausweitung verhindert.<sup>45</sup> Wie Friedman an anderer Stelle deutlich macht, kann der „Faktor Mensch“ im Falle einer unabhängigen Zentralbank durchaus zu einem Problem werden. Dies manifestiert sich in seinem berühmten Satz: „To paraphrase Clemenceau, money is much too serious a matter to be left to the Central Bankers.“<sup>46</sup> Allerdings kann die Zentralbank dann auch auf keine exogenen Schocks, wie z.B. Ölpreisschocks etc., reagieren. Dieses Modell wird daher in seiner reinen Form bisher in keinem Land praktiziert.

---

<sup>42</sup> Vgl. Gerald Epstein, Financialization and Federal Reserve Policy in the Crisis: central bank accountability for financial stability and economic reconstruction, in: Kurswechsel, Wien 2009, Heft 2, S. 68 - 79; ähnlich Balls / Howat / Stansbury (Anm. 2), S. 5.

<sup>43</sup> Vgl. Schäfer (Anm. 10), S. 71.

<sup>44</sup> Vgl. Eucken (Anm. 19), S. 257 – 258.

<sup>45</sup> Vgl. Milton Friedman, „Should There Be an Independent Monetary Authority?“ in Leland B. Yeager (Hrsg.): In Search of a Monetary Constitution, Harvard 1962, S. 219 – 243.

<sup>46</sup> Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago 1962 / 2002, S. 58.



Dass formelle Unabhängigkeit nicht unbedingt ausreicht, um eine Zentralbank zu einer stabilitätsorientierten Geldpolitik zu zwingen, machen die Beispiele des FED und der EZB in den vergangenen Jahren deutlich. So zeigte sich in der zunehmend diskretionären Geldpolitik in den USA seit Beginn des neuen Jahrtausends eine zunehmende Abwendung des FED von der Regelbindung, obwohl dasselbe seit 1951 formell unabhängig ist. Dies wurde insbesondere durch den sehr niedrige Leitzinssatz nach dem Platzen der Dotcom-Blase im Jahre 2000 deutlich, der mit zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 beitrug und sich seitdem fortsetzt.<sup>47</sup>

Wie das Verhalten der EZB in der Finanz- und Schuldenkrise deutlich gemacht hat, ist auch die Stabilitätskultur in einem Land bzw. einem Währungsgebiet von besonderer Bedeutung für die Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank. So sind gerade in der Europäischen Union, die von Finnland bis Portugal und von Irland bis Bulgarien reicht, selbstverständlich eine Vielzahl unterschiedlichster Stabilitätskulturen zu finden. Dass sich diese zumindest zum Teil von der dogmatisch strengen deutschen Stabilitätskultur unterscheiden, ist unbestreitbar. Formelle Unabhängigkeit der Zentralbank ist daher kein Garant für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik, gerade dann, wenn die Zentralbank neben der Geldwertstabilität auch auf eine Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik verpflichtet ist.<sup>48</sup> Dies macht z.B. der persönliche Konflikt zwischen Mario Draghi, dem Präsidenten der EZB, und Jens Weidmann, dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, um die richtige Geldpolitik in der Eurozone in den letzten Jahren deutlich.<sup>49</sup> Wie der amerikanische Ökonom John Taylor meint, ist daher vielleicht nicht die Unabhängigkeit einer Zentralbank verantwortlich für deren Erfolg, sondern der Politikstil der Zentralbanker, der entweder diskretionär oder regelorientiert sein kann.<sup>50</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. John Taylor, The Effectiveness of Central Bank Independence versus Policy Rules, in: Hoover Institution (Hrsg.): Economics Working Paper WP 131, 2013.

<sup>48</sup> Vgl. Wrobel (Anm. 5), S. 35.

<sup>49</sup> Siehe dazu z.B. Philip Plickert, Weidmann macht Druck auf Draghi, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.1.2018, [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weidmann-macht-druck-auf-draghi-15402140.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weidmann-macht-druck-auf-draghi-15402140.html).

<sup>50</sup> Vgl. Taylor (Anm. 47), S. 17 – 18.

## 5. Fazit

Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank geht zwar letztendlich auf ein Oktroi der alliierten Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, hat sich aufgrund der speziellen deutschen Inflationserfahrungen und durch den Einfluss des Ordoliberalismus auf die Wirtschaftspolitik der jungen Bundesrepublik aber zu einem Markenzeichen deutscher Stabilitätspolitik entwickelt. So konnte die Deutsche Bundesbank die Inflationsraten in Deutschland während der Stagflation in den 1970er Jahren deutlich geringer halten als die Zentralbanken anderer Industrienationen. Im Verlauf der „Great Moderation“ am Ende des 20. Jahrhunderts wurde die unabhängige Deutsche Bundesbank daher immer mehr zum Vorbild für andere Zentralbanken. Das Modell der „unabhängigen Zentralbank“ setzte sich sowohl in der Theorie als auch in der Praxis gegen politisch abhängige Zentralbanken wie auch gegen regelgebundene Zentralbanksysteme durch. Trotz zahlreicher Rückschläge, hat sich das Konzept der Unabhängigkeit der Zentralbank für die meisten Industrienationen bisher so weit bewährt, dass es nicht aufgegeben werden sollte.

Allerdings ist über institutionelle Änderungen bei allen unabhängigen Zentralbanken nachzudenken. Aus ordnungspolitischer Sicht scheint eine stärkere Regelbindung heute wünschenswert, denn je mehr sich eine Zentralbank an eine Regel bindet, umso besser ist die Vorhersagbarkeit ihrer geldpolitischen Interventionen. Das aber führt zu einer deutlich besseren Vertrauensbildung. Insbesondere in der Euro-Zone mit ihren sehr heterogenen Stabilitätsvorstellungen wäre eine stärkere Regelbindung der EZB notwendig, um neben der formellen Unabhängigkeit auch eine de facto Unabhängigkeit zu erreichen. Andererseits wird es kaum möglich sein, völlig auf den „Faktor Mensch“ zu verzichten und die Geldpolitik komplett aus dem Handlungsbereich der verantwortlichen Personen in den Zentralbanken herauszulösen. Eine Regelbindung erfordert immer ein gewisses Maß an Flexibilität und menschlicher Intuition sowie Ermessensspielräume. Um den Erfolg der Geldpolitik zu gewährleisten, ist die Unabhängigkeit der Zentralbank daher auch weiterhin notwendig.

# Ordnungspolitische Diskurse

## Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen
- 
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht
- 2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?
- 2008 – 5 Ahrens, Joachim - Transition towards a Social Market Economy? Limits and Opportunities
- 2008 – 6 Wrobel, Ralph - Sonderwirtschaftszonen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme: ordnungspolitisches Konstrukt oder Motor institutionellen Wandels?
- 
- 2009 – 1 Wrobel, Ralph - The Double Challenge of Transformation and Integration: German Experiences and Consequences for Korea
- 2009 – 2 Eerma Diana; Sepp, Jüri - Estonia in Transition under the Restrictions of European Institutional Competition
- 2009 – 3 Backhaus, Jürgen - Realwirtschaft und Liquidität
- 2009 – 4 Connolly, Richard - Economic Structure and Social Order Type in Post-Communist Europe
- 2009 – 5 Dathe, Uwe – Wie wird man ein Liberaler? Die Genese der Idee des Leistungswettbewerbs bei Walter Eucken und Alexander Rüstow
- 2009 – 6 Fichert, Frank - Verkehrspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft
- 2009 – 7 Kettner, Anja; Rebien, Martina – Job Safety first? Zur Veränderung der Konzessionsbereitschaft von arbeitslosen Bewerbern und Beschäftigten aus betrieblicher Perspektive
- 2009 – 8 Mulaj, Isa – Self-management Socialism Compared to Social Market Economy in Transition: Are there Convergent Paths?

- 2009 – 9 Kochskämper, Susanna - Herausforderungen für die nationale Gesundheitspolitik im Europäischen Integrationsprozess
- 2009 – 10 Schäfer, Wolf – Dienstleistungsökonomie in Europa: eine ordnungspolitische Analyse
- 2009 – 11 Sepp, Jüri – Europäische Wirtschaftssysteme durch das Prisma der Branchenstruktur und die Position der Transformationsländer
- 2009 – 12 Ahrens, Joachim – The politico-institutional foundation of economic transition in Central Asia: Lessons from China
- 2009 – 13 Pitsoulis, Athanassios; Siebel, Jens Peter – Zur politischen Ökonomie von Defiziten und Kapitalsteuerwettbewerb
- 2010 – 01 Seliger, Bernhard – Theories of economic miracles
- 2010 – 02 Kim, GiEun - Technology Innovation & Green Policy in Korea
- 2010 – 03 Reiljan, Janno - Vergrößerung der regionalen Disparitäten der Wirtschaftsentwicklung Estlands
- 2010 – 04 Tsahkna, Anna-Greta, Eerma, Diana - Challenges of electricity market liberalization in the Baltic countries
- 2010 – 05 Jeong Ho Kim - Spatial Planning and Economic Development in Border Region: The Experiences of Gangwon Province, Korea
- 2010 – 06 Sepp, Jüri – Ordnungspolitische Faktoren der menschlichen Entwicklung
- 2010 – 07 Tamm, Dorel - System failures in public sector innovation support measures: The case of Estonian innovation system and dairy industry
- 2010 – 08 Clapham, Ronald - Wirtschaftswissenschaft in Zeiten der Globalisierung
- 2010 – 09 Wrobel, Ralph - Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der „unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand
- 2010 – 10 Rutsch, Andreas; Schumann, Christian-Andreas; Wolle, Jörg W. - Postponement and the Wealth of Nations
- 2010 – 11 Ahrens, Joachim; Jünemann, Patrick - Transitional Institutions, Institutional Complementarities and Economic Performance in China: A 'Varieties of Capitalism' Approach
- 2010 – 12 Kolev, Stefan; Der bulgarische Weg seit 1989, Wachstum ohne Ordnung?
- 2011 – 1 Wrobel, Ralph – Energiewende ohne Markt? Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor
- 2011 – 2 Rõigas, Kärt – Linkage between productivity and innovation in different service sectors
- 2011 – 3 Sepp, Jüri – Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland
- 2011 – 4 Effelsberg, Martin – Measuring absorptive capacity of national innovation systems
- 2011 – 5 Jänsch, Janina – Die Anrechnung natürlicher und anthropogener Effekte auf terrestrische Ökosysteme im Rahmen des Kyoto-Protokolls
- 2011 – 6 Platje, Joost – Institutional Change for Creating Capacity and Capability for Sustainable Development – a club good perspective
- 2011 – 7 Tamm, Dorel; Ukrainski, Kadri – Functional Approach to National Systems of Innovation: The Case of a Small Catching-up Country
- 2011 – 8 Nusser, Michael – Optionen zur Stärkung der Leistungsfähigkeit von Innovationssystemen

- 2012 – 1 Kolev, Stefan – Wider die „Après nous le déluge“-Logik. Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit.
- 2012 – 2 Varblane, Urmas - National Innovation Systems: Can they be copied?
- 2012 – 3 Reiljan, Janno / Paltser, Ingra - Struktur und Zusammenhänge des staatlichen Innovationssystems und der Innovationspolitik
- 2012 – 4 Lenz, Justus - Innovationssystem Internet: Eine institutionenökonomische Analyse der digitalen Revolution
- 2012 – 5 Chang Jai Chun - Erfolgsfaktoren für "Internationale Projekte"
- 2012 – 6 Gerl, Jörg – Global denken, lokal handeln: Gebäudesanierung als Beitrag zum Klimaschutz am konkreten Beispiel
- 2012 – 07 Seliger, Bernhard – Grünes Wachstum in Südkorea – Etikettenschwindel, Neo-Keynesianismus oder ein neues Paradigma der Ordnungspolitik?
- 2013 – 1 Wrobel, Ralph – Economic Models for New Industrializing Countries in Comparative Perspective
- 2013 – 2 Park, Sung-Jo– Developmental State in Korea (60-70ties) Revisited: Institution-Building for the Making of 'Coordinated Market'
- 2013 – 3 Reiljan, Janno & Paltser, Ingra – The Implementation of Research and Development Policy in European and Asian Countries
- 2013 – 4 Hoen, W. Herman – Emerging Market Economies and the Financial Crisis: Is there Institutional Convergence between Europe and Asia?
- 2013 – 5 Kroos, Karmo – Developmental Welfare Capitalism in East Asia with a Special Emphasis on South Korea
- 2014 – 1 Ahrens, Joachim & Stark, Manuel – Independent Organizations in Authoritarian Regimes: Contradiction in Terms or an Effective Instrument of Developmental States
- 2014 – 2 Terk, Erik – Practicing Catching-up: a Comparison of Development Models of East Asian and Central-Eastern European Countries
- 2014 – 3 Sepp, Jüri; Varblane, Uku – The Decomposition of Productivity Gap between Estonia and Korea
- 2014 – 4 Sepp, Jüri; Kaldaru, Helje and Joamets, Jürgen – The Characteristics and Position of the Economic Structures of Estonia and Korea among the OECD Countries
- 2015 – 1 Bartniczak, Bartosz; Ptak, Michał – Green Jobs in the Renewable Energy Sector
- 2015 – 2 Freudenberg, Sandro; Stephan, Sandra – Fachkräftebedarfsdeckung heute und in der Zukunft: Handlungsempfehlung für eine erfolgreiche Personalbedarfsdeckung in Unternehmen
- 2015 – 3 Kauf, Sabina – Die Unternehmensanforderungen an die Logistikspezialisten und akademische Ausbildung der Logistiker
- 2015 – 4 Komulainen, Ruey – Employer Branding for SMEs: Attracting Graduating Students in IT Industry
- 2016 – 1 Wrobel, Ralph – Der deutsche Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel und Immigration: Ordnungspolitische Perspektiven in der Flüchtlingskrise
- 2016 – 2 Walter, Angela– Unternehmen suchen Fachkräfte - Fachkräfte suchen Unternehmen: Employer Branding als Personalstrategie für Recruiting und Bindung von Fachkräften der Generation Y in kleinen und mittelständischen Unternehmen am Beispiel von Sachsen

- 2016 – 3 Monika Paradowska; Joost Platje– Key challenges facing the European transport labour market
- 2016 – 4 Behr, Michael – Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland: Herausforderungen, Probleme und Strategien für Sachsen
- 2017 – 1 Sepp, Jüri; Kaldaru, Helje; Varblane, Uki - The Development and Typology of the Employment Structure in OECD Countries
- 2017 – 2 Schneider, Clemens - Die Offene Gesellschaft und ihre Zuwanderer: Kritische Gedanken zu einer planwirtschaftlichen Integrationspolitik
- 2017 – 3 Seo Byung-Chul, Bernhard Seliger - Der Arbeitsmarkt in Nordkorea am Beispiel des Industriekomplexes in Kaesong
- 2017 – 4 Stefan Kolev - Individualism and Demographic Change
- 2018 – 1 Ralph Wrobel - Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank: eine Erfolgsgeschichte

## **Herausgeber:**

Prof. Dr. Stefan Kolev - Erfurt

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul

Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

**[www.Ordnungspolitisches-Portal.de](http://www.Ordnungspolitisches-Portal.de)**